



Wohnunterkunft Lewenwerder in Harburg, Foto: f&w



Flüchtlingsunterbringung in Hamburg - kreative Lösungen sind gefragt

Es ist zurzeit eines der größten Themen – nicht nur in Hamburg, sondern überall in Deutschland: Wie schaffen wir es, die vielen Flüchtlinge unterzubringen, die vor allem aus Syrien, Eritrea und Afghanistan zu uns kommen. Allein im September meldeten sich 10.100 geflüchtete Menschen in erstmalig bei den Behörden in Hamburg. Nach der anschließenden Weiterverteilung auf die Bundesländer verblieben 2886 dauerhaft in unserer Stadt und benötigen bei uns ein Dach über dem Kopf.

Es ist offensichtlich, dass mit herkömmlichem Wohnungsbau dem Problem nicht begegnet werden kann. Darum wird jetzt parallel mit verschiedenen Strategien geantwortet – kurzfristigen, mittelfristigen und langfristigen.

Schnelle Unterbringung um Obdachlosigkeit zu vermeiden

Oberste Priorität hat zunächst die schnelle Unterbringung aller in Hamburg ankommenden Menschen. Auch wenn laut Kalender noch Herbst ist – die Temperaturen sind nachts teilweise schon winterlich. Darum wurden alle verfügbaren Flächen für das Aufstellen von Wohncontainern genutzt. Auch Zelte und leer stehende Hallen werden zur Unterbringung herangezogen.

Allen Akteuren ist bewusst, dass weder die großen Unterkünfte in Hallen, noch Zelte gute langfristige Unterbringungen sind. Insbesondere in der kalten Jahreszeit sollen Zelte die Ausnahme bleiben – und das auch nur bei ausreichender Beheizung. Die rotgrüne Koalition hat deswegen ein Gesetz verabschiedet, dass es der Stadt notfalls ermöglicht, leer stehende Hallen auch dann für die Flüchtlingsunterbringung zu nutzen, wenn der Eigentümer dem nicht zustimmt.

Zwischennutzungen mit einplanen

An vielen Stellen in der Stadt laufen

Planungen für Neubauprojekte im Rahmen der Wohnungsbaustrategie oder weil aus anderen Gründen neue Gebäude benötigt und errichtet werden. Doch die meisten Bauvorhaben haben eine lange Planungsphase, bevor Bauarbeiten tatsächlich beginnen können. Oft stehen in der Zwischenzeit Gebäude leer und liegen Flächen brach. Wo es möglich ist, werden an solchen Stellen jetzt für drei bis fünf Jahre Mietverträge abgeschlossen, um Container oder sogenannte Modulhäuser auf zu stellen oder Gebäude zu nutzen. Wenn Grundstücke der Stadt Hamburg verfügbar sind, werden diese natürlich genauso für Zwischennutzungen herangezogen.

Neben den öffentlichen Unterkünften wird oft über private Mietangebote berichtet. Interessierte Vermieter können sich mit ihren Angeboten direkt an die Fachstellen für Wohnungsnotfälle wenden (<http://www.hamburg.de/obdachlosigkeit/115384/fachstellenfaltbl/>). Die Stadt hat für solche Angebote eine eigene EDV-Struktur eingerichtet. Aus einer kleinen Anfrage der SPD-Abgeordneten Ksenija Bekeris (Drucksache 21/2024) geht hervor, dass dort 1.105 Mails eingegangen sind. 666 Mails wurden bisher bearbeitet. 524 Angebote werden derzeit geprüft. Bisher abgelehnt wurden 142 Immobilienangebote(Stand:

3.11.2015). Von Tausenden Plätzen, wie die Opposition behauptet, kann also nicht die Rede sein. Eine Vielzahl von Immobilien ist zur Unterbringung von Flüchtlingen nicht nutzbar, weil sie entweder wegen anderer Nutzung nicht zur Verfügung stehen oder wegen ihrer Bauart, ihrer Größe, ihrer Lage oder des baulichen Zustands von Gebäuden für eine Unterbringung nicht geeignet sind.

Langfristige Lösungen auch mit neuen Ansätzen

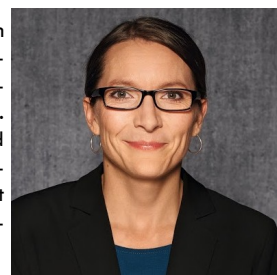
Auch in der Vergangenheit wurden an vielen Stellen in der Stadt Pavillondörfer gebaut, um Plätze für die öffentli-

che Unterbringung zu schaffen. Wenn eine Fläche länger als fünf Jahre genutzt werden kann, wird dieses bewährte Mittel auch zukünftig genutzt werden. Hinzu kommt, dass das Bundesland Hamburg sich erfolgreich für eine Änderung des Baurechts eingesetzt hat, mit der es einfacher wird, schnell Unterkünfte für Flüchtlinge zu bauen.

Bis Ende kommenden Jahres sollen auf dieser Grundlage in allen Bezirken 20.000 Plätze in der öffentlichen Unterbringung geschaffen werden. Die dafür benötigten Gebäude werden aber keine „Flüchtlingsheime“, sondern nach den Standards des sozialen Wohnungsbaus errichtet. Im Anschluss sollen, da wo es erforderlich ist, nachträglich die Bebauungspläne so geändert werden, dass anschließend aus den Wohnungen reguläre, für alle Hamburgerinnen und Hamburger verfügbare Sozialwohnungen werden.

Gerichtsentcheidung zu Flüchtlingsunterkunft in Klein Borstel

Das Verwaltungsgericht hat am 28.10.2015 beschlossen, dass die Stadt die Bauarbeiten für die Errichtung einer Flüchtlingsunterkunft in Klein Borstel vorerst einstellen muss. Gegen diesen Beschluss hat der Senat Beschwerde beim Oberverwaltungsgericht Hamburg eingereicht. Parallel dazu will der Bezirk Hamburg-Nord den dazu gehörigen Bebauungsplans ändern. Die betroffene Einrichtung in Klein Borstel soll als Folgeunterbringung für Menschen dienen, die aus den Erstaufnahmen kommen und sich im Asylverfahren befinden. Der Senat stützt die Bebauung auf das Gesetz zur Sicherheit und Ordnung, um in der aktuellen Notlage ausreichend Wohnraum für Flüchtlinge zu schaffen. Angesichts der täglich hunderten von Flüchtlingen, die nach Hamburg kommen, ist der Bau von Folgeunterbringungen – auch für die erfolgreiche Integration der Ankommenden – unerlässlich. Die Information der örtlichen Bevölkerung wird dennoch im Rahmen des Möglichen gewährleistet.



Ksenija Bekeris

In dieser Ausgabe:

Kreative Flüchtlingsunterbringung in Hamburg	1
HERTIE-Grundstück verkauft	2
Aus dem Bezirk:	
• Parkraummanagement wird verstärkt	2
• Kompromiss zur Busoptimierung Papenhuder Straße	2
Kurz notiert	2

HERTIE- Grundstück ver- kauf

Lang hat sich die Geschichte um das HERTIE-Gebäude am Barmbeker Bahnhof hingezogen: Nach Jahren des Leerstands wurde das als „Schandfleck von Barmbek“ betitelte Gebäude Ende 2014 abgerissen, die jahrelange Durststrecke schien beendet. Leider hat sich der Verkauf des Grundstücks seit dem Abriss bis Mitte September 2015 verzögert. Komplizierte Eigentumsverhältnisse – das Grundstück gehörte gleich drei unterschiedlichen Eigentümern – erforderten einen langen Atem. Die erste Erwerberin „Development Partner“, sprang noch vor dem Abriss wieder ab. In einem zweiten Anlauf hat sich die Düsseldorfer Firma nun doch für den Kauf entschieden und den Kaufvertrag in der vorletzten Septemberwoche unterzeichnet. Vorbereitende Gespräche zur Bebauung finden aktuell mit dem Bezirksamt Hamburg-Nord statt. Prinzipiell will Development Partner an den bereits zuvor präsentierten Plänen festhalten.

Aus dem Bezirk

Innenbehörde sichert nach Bezirksbeschluss mehr Kompetenzen und Personal für Parkraumkontrolle zu

Auf Initiative der Rot/Grünen Bezirkskoalition hatte die Bezirksversammlung Hamburg-Nord im Juli 2015 die Innenbehörde aufgefordert, das Personals der Abteilung Parkraummanagement des Landesbetriebs Verkehr (LBV) aufzustocken und diesem auch die Kompetenz zu verleihen, falschparkende Pkw abschleppen zu lassen. In naher Zukunft sollen auch die Stadtteile Uhlenhorst, teile von Winter-

hunde und Barmbek stärker kontrolliert werden. Hierfür ist personelle Verstärkung des Parkraummanagement erforderlich.

In ihrer Antwort auf den Antrag gab die zuständige Innenbehörde nun bekannt, dass sie genau dies tun wird. Damit müssen Falschparker künftig mit schärferer Kontrolle und mit häufigerem Abschleppen rechnen.

Alexander Kleinow, Sprecher im Regionalausschuss Barmbek-Uhlenhorst-Hohenfelde-Dulsberg: „Das ist ein großer Erfolg für die Rot-Grüne Bezirkskoalition. Auf unsere Initiative hin werden nun die rechtlichen Voraussetzungen für strengere Kontrollen und mehr Sicherheit in ganz Hamburg geschaffen. Ein nicht unbedeutender Nebeneffekt ist auch die Entlastung der Polizei, die sich zukünftig stärker auf ihre anderen wichtigen Aufgaben konzentrieren kann.“

Kompromiss zur Busoptimierung Papenhuder Straße

Am 15.10.2015 wurde in der Bezirksversammlung einstimmig ein Kompromiss zu den Maßnahmen der Busoptimierung in der Papenhuder Straße und dem Hofweg zwischen Averhoffstraße und Uhlenhorster Weg beschlossen. Damit endet ein Beteiligungsverfahren, das der Bezirk nach aufgrund starker Widerstände gegen die im September 2014 ursprünglich von der Verkehrsbehörde vorgestellten Pläne durchgeführt hatte. Die Einigung sieht vor, dass die Papenhuder Straße stadtauswärts anstelle der zuvor vorgesehen beidseitigen Radschutzstreifen nur einen einseitigen Streifen in Richtung Innenstadt erhält. Ferner werden im Planungsbereich Hofweg und Papenhuder Straße bis zu sechs neue Bäume gepflanzt werden können. Auch der Zebrastreifen in der Papen-

huder Straße wird erhalten, jedoch auf die Höhe der örtlichen KiTa versetzt. Auf der Ostseite des Streckenabschnitts wird das Parken auf einen 45°-Winkel reduziert, wobei ca. 10-15 Parkstände verloren gehen. Kompensiert wird dies mit neuen Parkflächen auf der Westseite und an der Mundsburger Brücke.

Auch die Pläne zur Umgestaltung der Haltestelle „Mundsburger Damm“ fanden den Zuspruch aller Beteiligten. Die neue Planung sorgt für den Erhalt eines Baumes und reduziert die notwendige Baumfällung auf eine Linde. Im Hofweg wird das Parken auf der Straße stadteinwärts untersagt und durch neue Parkstände auf der Ostseite kompensiert.

Alexander Kleinow, Sprecher der Regionalausschussfraktion: „Der gefundene Kompromiss ist Ergebnis einer detaillierten und konzentrierten gemeinschaftlichen Arbeit, bei der alle Seiten aufeinander zugegangen sind. Das Ergebnis ist aus unserer Sicht ein Gewinn für alle Beteiligten und eine Stärkung der Rolle des Bezirks bei der Bürgerbeteiligung.“

Kurz notiert

Neue Sozialsenatorin: Der Vorschlag *Dr. Melanie Leonhard* zur Sozialsenatorin zu ernennen, wurde in der Sitzung der Bürgerschaft vom 09.10.2015 mit 77 Ja-Stimmen durch das Parlament bestätigt. Frau Dr. Leonhard tritt somit die Nachfolge von *Detlev Scheele* als Präses der Behörde für Arbeit, Soziales und Integration an. Detlev Scheele, der die Behörde seit 2011 geleitet hat, wechselt in den Vorstand der Agentur für Arbeit. Wir wünschen beiden viel Erfolg in ihren neuen Aufgabenbereichen.

Impressum/ V.i.S.d.P.:

Ksenija Bekeris, stv. Fraktionsvorsitzende, Fachsprecherin für Soziales

Abgeordnetenbüro Ksenija Bekeris, Pestalozzistr. 21a, 22305 Hamburg, info@ksenija-bekeris.de

Öffnungszeiten: Mo.: 9-13 Uhr; Di. + Fr.: 9.30-13 Uhr; Do.: 13.30-19 Uhr. Tel.: 51906908, www.ksenija-bekeris.de